

Marzahn- Hellersdorf

26. Jahrgang / Dezember 2016

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Reden wir miteinander, nicht übereinander

Ganz überraschend war die Wahl von Dagmar Pohle in das Amt der Bezirksbürgermeisterin nicht. Zwei Wochen zuvor hatte DIE LINKE mit SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen Vereinbarungen geschlossen, die eine kommunalpolitische Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Wahlvorschläge für das Bezirksamt vorsehen. Dennoch waren unsere Fraktionärinnen und Fraktionäre sichtlich erleichtert, als nach fünf Jahren in der bezirklichen Opposition unsere beiden Spitzenfrauen gewählt waren. Doch dies ist erst der

Beginn der vor uns liegenden Arbeit. Denn die Hoffnungen in ein LINKS-geführtes Bezirksamt sind groß. Zu viele offene Baustellen hat die rot-schwarze Regierung des Stillstandes im Land und im Bezirk hinterlassen. Nicht allen Erwartungen werden wir gerecht werden können, nicht alles, was wir uns in unserem Wahlprogramm vorgenommen haben, werden wir kurzfristig einlösen können. Doch es gilt alle Kraft einzusetzen, nicht für, sondern mit Bürgerinnen und Bürgern Politik für Marzahn-Hellersdorf zu gestalten. Wir werden nach der Wahl nichts anderes sagen als vor der Wahl. Wir werden bei Initiativen und Vereinen, bei Interessenvertretungen und Expertinnen und Experten Rat suchen und transparent unser Handeln aufzeigen.

Die Fraktion und unsere Mitglieder im Bezirksamt sind hierbei auf eure Solidarität angewiesen. Niemand sollte sich als Zuschauer*in sehen, sich auf Kritik beschränken. Wir werden die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam stemmen können. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir Wege einer solidarischen Kommunikation miteinander entwickeln. Streit ist hierbei ebenso wichtig wie das Bewusstsein dafür, dass die Gegner*innen einer LINKEN Regierung im Land und im Bezirk keinen Versuch auslassen werden, uns gegeneinander aufzu-

bringen. Von den Geschehnissen in Lichtenberg profitieren letztlich nur Konservative und Rechtspopulistinnen und Rechtspopu-



Frisch gewählt: Dagmar Pohle - Bezirksbürgermeisterin, und Juliane Witt, Bezirksstadträtin.

Foto: Thomas Braune

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2

Geschichte von Gut Hellersdorf - eine Ausstellung / Position beziehen: ... Bedarfsgemeinschaft ...

Seite 3

Petra Pau: Bundespräsidenten / Mitgliedertreffen in WK 3 und 6

Seite 4

Manuela Schmidt: Geben wir den Berliner_innen ihre Stadt zurück / Klaus Lederer: Ja, klar!

Seite 5

BVV: Bezirksamt gewählt / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6

Wer kennt noch den Jelena-Santić-Friedenspark? Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7

Zur Person: Schwester Margareta / Spendenaufruf

Seite 8

Tipps, Termine / Hinten links

listen. Daher rufe ich euch dazu auf, mit uns als Fraktion in den Dialog über die besten Konzepte und Lösungen zu treten. Eine linke Regierung hat es immer am schwersten. Dies zeichnet sich schon jetzt ab. Konservative haben bereits damit begonnen, jede noch so kleine Schwachstelle unsererseits in vermeintliche Skandale umzumünzen. Lassen wir uns davon nicht beeindruckend. Reden wir miteinander, nicht übereinander.

Bjoern Tielebein

Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV

Samstags blättern.

Haben
wollen?

Jetzt bestellen unter:
www.neues-deutschland.de/kombi
oder
Tel. 030 2978 1800

Das
dicke
Wochen-
ende!

Das Schönste am Wochenende:
Endlich nicht mehr Bus fahren.
Richtig Platz zum Frühstück
und Schmökern. Geht nirgends
besser als mit dem fetten
Wochenend-»nd«.
Mal'n Monat ausprobieren?
10 €!*



neues deutschland

nd

* Das Aktionsabo endet nach einem Monat und verlängert sich nicht ohne Ihre Zustimmung.

Geschichte von Gut Hellersdorf

Am 9. November fand im Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf eine weitere Veranstaltung in der Reihe Marzahn-Hellersdorfer Gespräche zur Geschichte statt.

Auf der Grundlage von Lageplänen aus den letzten zwei Jahrhunderten referierte Gerd Jesch, freier Mitarbeiter im Bezirksmuseum, über Entwicklung des bislang wenig erforschten Geländes des ehemaligen Gutes Hellersdorf. Mit Bildern veranschaulichte er die historischen Gebäudenutzungen sowie den Ausbau der Verkehrswege. Die Entwicklungsetappen vom Rittergut zum Berliner Stadtgut mit Rieselfeldwirtschaft und dem späteren LPG-Betrieb der Tier- und Pflanzenproduktion wurden skizziert. Der florierende landwirtschaftliche Betrieb inmitten einer entstehenden städtischen Großsiedlung endete nach der Wende abrupt. Seitdem hat sich das



Bei der Ausstellungseröffnung mit dabei: Petra Pau (MdB) und Juliane Witt (re.)

Foto: Th. Stern

Gelände allmählich zu einem Gewerbehof entwickelt. Im Rahmen des Vortrages wurden auch Möglichkeiten und Grenzen des Denkmalschutzes thematisiert.

Weitere Informationen unter

www.museum-marzahn-hellersdorf.de

VOM RITTERGUT zur LPG und was wird MORGEN?

Die Ausstellung zeigt die jahrhundertelange Geschichte, auf die das Gut zurückblicken kann - vom adligen Gut Hellersdorf über die Nutzung als Berliner Stadtgut und Volkseigenes Gut bis zur Aufgabe der Landwirtschaft nach 1990. Im Zentrum der Ausstellung stehen erstmals öffentlich gezeigte originale Baupläne, die vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg reichen. Ergänzt werden sie um detaillierte, vielfach neu recherchierte Informationen zur Geschichte der einzelnen Bauten.

Ort: Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf, Haus 1, Alt-Marzahn 51, 12685 Berlin

Ausstellungsdauer:

24.10.2016 bis 19.3.2017

Öffnungszeiten: So bis Fr 11 bis 17 Uhr

Samstag geschlossen

Und wenn man schon einmal vor Ort ist: Sehr zu empfehlen ist auch der Besuch des zweiten Ausstellungsteils mit Daten zur Geschichte bis zu den Ursprüngen des Bezirks UND mit einer sehr ästhetischen Ausstellung zu Kaffeeporzellan in der DDR!

Juliane Witt

Position beziehen: Wie die Bedarfsgemeinschaft ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzt

Die Bedarfsgemeinschaft, die auf das Konstrukt der Familiennotgemeinschaft der Weimarer Republik zurückgeführt werden kann, ist zentraler Bestandteil der Hartz-IV-Gesetzgebung. Sie wurde 2005 in das neu geregelte SGB II übernommen. Danach haben Personen, die in familiären Verbänden zusammenleben, finanziell füreinander einzustehen. Von einer Bedarfsgemeinschaft kann sowohl im Falle eheähnlicher Gemeinschaften als auch bei der Versorgung von Kindern bis zum 25. Lebensjahr ausgegangen werden. Das Vorhandensein von Bedarfsgemeinschaften wird im Zweifel durch die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Kontrollen anhand der Anzahl von Zahnbürsten und Bettdecken festgelegt. Den Gegenbeweis müssen die Leistungsempfänger im Rahmen des Widerspruchsverfahrens erbringen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mehrfach mit den Hartz-IV-Regelungen auseinandergesetzt. Letztlich wurde festgestellt, dass die Reformen der Schröder-Regierung mit der Verfassung vereinbar sind. Allerdings kommt dem Gesetzgeber die Aufgabe zur Ausgestaltung der Leistungen zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu. Es ist also Aufgabe der politischen Kräfte, Härten der Hartz IV-Gesetzgebung zu überwinden und festzulegen, was den Menschen im Rahmen der Menschenwürde zuzumuten ist. Doch wie weit greift die Bedarfsgemeinschaft tatsächlich in das Leben von Menschen ein und sind die staatlichen Eingriffe mit unserer „liberalen und sozialen Ordnung“ vereinbar?

In der Bedarfsgemeinschaft wird nicht nur für Menschen, die selbst nicht in der Lage sind, für ihr Einkommen zu sorgen, sondern auch für deren Partner oder Eltern staatlich festgelegt, wie sie ihr Leben zu gestalten haben. Es wird definiert, welchen Betrag des Gesamteinkommens jedes Mitglied für Ernährung, für Kleidung und für sonstige Bedürfnisse ausgeben darf. Nicht regeln kann das Gesetz hingegen, was passiert, wenn einzelne Mitglieder der Gemeinschaft sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten und somit das verfügbare Einkommen der übrigen Mitglieder noch weiter einschränken. Ganze Familien werden so in existenzielle Notlagen

gebracht. Menschen wird die Freiheit genommen, zu bestimmen wie und wo sie miteinander leben möchten. Paare, die sich bewusst gegen die Ehe entschieden haben, müssen die Nachteile des Zusammenlebens tragen, ohne jedoch die Vorteile einer Ehe zu haben. Durch die Verknappung des Einkommens wird Menschen das Recht auf Vorsorge für Alter und Krankheit, auf gesunde Ernährung und Mobilität genommen.

Es gilt als ungeschriebenes Gesetz, dass Berufstätige nicht mit Hartz IV-Empfängern in eine gemeinsame Wohnung ziehen. Der Hartz-IV-Empfänger würde für den berufstätigen Partner zur existenziellen Bedrohung. So zwingt der Staat den Menschen die Berücksichtigung der finanziellen Situation bei der Wahl des Partners auf und grenzt alle Hilfebedürftigen noch weiter aus. Ist das mit der Menschenwürde und dem liberalen Charakter unseres Staates vereinbar? Wo bleibt das Solidaritätsprinzip? Und auch den Unter-25jährigen und deren Eltern wird das Recht auf freie Entfaltung abgesprochen.

Wir müssen uns nicht wundern, wenn Familien in prekären Lebenssituationen angesichts des möglichen Absturzes in ein soziales Netz, das kaum noch Halt bietet, politikverdrossen werden und sich die Solidarität gegenüber anderen Hilfebedürftigen schlicht nicht mehr leisten können. Die Vermeidung und Verringerung von prekären Lebenssituationen ist erste Prävention, um den Frieden in unserem Land nicht weiter zu gefährden. Zur Menschenwürde gehört es, dass jeder

Mensch als eigenständig angesehen wird und ihm ein eigenes nicht von anderen Menschen abhängiges Existenzminimum zugebilligt wird.

Überwinden wir die Bedarfsgemeinschaft und machen wir einen ersten Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit!

Nico Rehm

Weihnachten

gerupft
preisgemästet
Lieder gänseschmalzig
geschnatterte Grüße

Jürgen Riedel



Petra Pau (MdB): Bundespräsidenten

Ihr grünes Lederkostüm ist legendär, die dazu passende Handtasche auch. Ich durfte sie 1999 bewachen, die Tasche, damit Uta Ranke-Heinemann in der entscheidenden Stunde freie Hand hatte. Im Reichstagsgebäude tagte die Bundesversammlung, um einen neuen Bundespräsidenten zu küren. Uta Ranke-Heinemann bewarb sich als Parteilose auf PDS-Ticket um das höchste Amt im Staate, und aus Protest. Die streitbare Religionsgelehrte und Pazifistin war vehement gegen den Einsatz der Bundeswehr im völkerrechtswidrigen Krieg in Ex-Jugoslawien. Mit ihrer Kandidatur wollte sie ihr Friedensgebet politisch verstärken.

5,2 Prozent aller Stimmen für sie reichten allerdings knapp nicht für die nötige absolute Mehrheit. Bundespräsident wurde Johannes Rau (SPD). Gefragt, was er von seiner Herausforderin halte, meinte er genüsslich: „Man kann sich halt seine Verwandtschaft nicht aussuchen.“ Die Theologie-Professorin Uta Ranke-Heinemann, die für die Linke angetreten war, ist die Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und war mithin die Tante der Ehefrau von Johannes Rau.

2009 sorgte DIE LINKE erneut für ein frisches Windchen im vermeintlich lauen Wahlkampf. Letztlich wurde Horst Köhler (CDU) Bundespräsident. Peter Sodann hatte dagegen kan-

didiert. Er ist Kabarettist, Schauspieler und Intendant. Zu DDR-Zeiten war seine forschfrische linke Meinung mit einer mehrmonatigen Haftstrafe geahndet worden. 2005 hatte Peter Sodann vernehmbar erwogen, bei der anstehenden Bundestagswahl als linker „parteiloser Spitzenkandidat“ anzutreten. Das ließ er sein, nicht zuletzt, weil er offenbar vom mdr vor die Alternative gestellt wurde: entweder für DIE LINKE oder Tatort-Kommissar, beides gehe nicht. Er blieb „Ehrlicher“ und verkündete landauf, landab: Wäre ich ein richtiger Kommissar, so würde ich endlich mal die Großen hinter Schloss und Riegel bringen, wie Ackermann, den Chef der Deutschen Bank. (...)

Das Amt des Bundespräsidenten galt lange Zeit als ehern. Die politischen Akzente der jeweiligen Repräsentanten mag der eine so und die andere so bewerten. Richard von Weizsäcker (CDU) zum Beispiel hatte 1985 den historischen 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ bezeichnet, gegen den Mainstream seiner eigenen Partei. Roman Herzog (CDU) wiederum hielt 1997 seine berühmte „Ruck-Rede“, nach der „alle Deutschen Opfer bringen müssen“, für die Zukunft. Es war ein Plädoyer für den Neoliberalismus, der letztlich eine Kapitulation der Politik gegenüber dem

Kapital bedeutet.

Später kam Bewegung anderer Art ins Schloss Bellevue: Bundespräsident Horst Köhler trat 2010 vorzeitig ab, ebenso sein Nachfolger Christian Wulff 2012, also gab es zweimal vorgezogene Neuwahlen. 2010 bot DIE LINKE Lucretia Jochimsen auf. Ich hatte sie, lange bevor sie meine Fraktionskollegin im Bundestag wurde, als Moderatorin beim Hessischen Fernsehen kennengelernt. Sie ist eine unermüdliche Streiterin für soziale Gerechtigkeit und politische Kultur. 2012 kandidierte für DIE LINKE Beate Klarsfeld, eine anerkannte deutsch-französische Antifaschistin. Weltweit bekannt wurde sie, als sie 1968 den einstigen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wegen seiner Nazi-Vergangenheit auf offener Bühne ohrfeigte. Natürlich wussten alle linken Kandidatinnen und Kandidaten, dass sie keine Chance hatten: Uta Ranke-Heinemann, Peter Sodann, Luc Jochimsen, Beate Klarsfeld. Aber sie engagierten sich mit ihren hoffnungslosen Kandidaturen und verwiesen dadurch auf politische Alternativen: gegen Kriege, für soziale Gerechtigkeit, für politische Kultur und gegen westdeutsches Vergessen. Danke!

(aus dem Buch:
„Gottlose Type“
Eulenspiegel-Verlag)

LINKE-Mitgliederversammlung in Hellersdorf

Am 8. November 2016 trafen sich die Mitglieder der LINKEN der Wahlkreise 3 (Hellersdorf-Nord/-Ost) und 6 (Hellersdorf-Süd/Kaulsdorf-Nord) zu einer Mitgliederversammlung. Die Auswertung der Wahlen, die Koalitionsverhandlungen im Land sowie die Wahl des Bezirksamtes in Marzahn-Hellersdorf standen im Mittelpunkt. Kristian Ronneburg, unser direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis 6, stellte den bisherigen Verhandlungsstand zwischen SPD, der LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen im Land Berlin dar.

Zoe Dahler, Mitglied der Linksfraktion in der BVV, erläuterte den Stand zur Wahl des Bezirksamtes. DIE LINKE hat bereits mit SPD und CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit geschlossen. Teil dessen ist auch die Wahl des Bezirksamtes mit Dagmar Pohle als Bezirksbürgermeisterin an der Spitze.

Inzwischen wählte die Bezirksverordnetenversammlung am 10. November das Bezirksamt, darunter zwei mit Mandat der LINKEN: Dagmar Pohle ist wieder Bezirksbürgermeisterin in Marzahn-Hellersdorf und Juliane Witt erneut Bezirksstadträtin.

Weiterhin gab es erste Überlegungen zur künftigen Wahlkreisarbeit in Hellersdorf-Süd und Kaulsdorf-Nord. Kristian Ronneburg hatte den Wahlkreis bei den Wahlen im Septem-

ber für DIE LINKE nach fünf Jahren in SPD-Hand zurückgewonnen.

Nach dem Verlust des Wahlkreises in Hellersdorf-Nord/-Ost will er sich künftig im Berli-



Trafen sich im Haus im Stadtteil „Kompass“: die Mitglieder der LINKEN aus den Wahlkreisen 3 und 6. Kristian Ronneburg (Bildmitte), im Wahlkreis 6 direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt, wird sich für beide Wahlkreise engagieren. Foto: Bjoern Tielebein

ner Abgeordnetenhaus auch für diesen Teil des Bezirkes starkmachen. Die Versammlung dankte der langjährigen Abgeordneten Gabriele Hiller für ihr Engagement in diesem Wahlkreis. Sie wird auch weiterhin eine linke Kämpferin für Hellersdorf sein und sich für die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner starkmachen.

Gabriele Hiller forderte aber erneut ein kritisches Nachdenken in der Bezirksorganisation über die Wahlergebnisse ein. Die Partei müsse attraktiver für junge Leute werden,

innerparteilich solidarischer miteinander umgehen und deutlich intensiver als bisher die Arbeit zwischen hier gewählten Abgeordneten, BVV-Fraktion, Vorstand und Bezirksamt koordinieren. Auch eine personelle Erneuerung stehe auf der Tagesordnung.

Heidi Wagner meinte, es komme darauf an, wie man Veränderungen anpacke. Alle seien mit ihren Ideen gefragt, um vor der Bundestagswahl eine Trendwende einzuleiten. Sie kündigte an, dass sich Petra Pau am 13. 1. erneut bewerben werde.

Die Mitglieder der LINKEN in beiden Wahlkreisen werden sich weiterhin regelmäßig treffen und die weitere Arbeit der Partei beraten. Ideen sind gefragt, damit DIE LINKE wieder stärker vor Ort verankert und als starke Fürsprecherin der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen wird.“

Bjoern Tielebein/Uli Clauder

Janina Niemann-Rich

Temperatursturz
Sinn der Weihnacht
aufs Glatteis geführt

Geruch aus meiner Kindheit
Schneesternstaub
feinstes Winterweiß

Dr. Manuela Schmidt (MdA):

Geben wir den Berlinerinnen und Berlinern ihre Stadt zurück!

Sechs Wochen harter Verhandlungen liegen hinter uns. In zahlreichen Fachverhandlungsgruppen haben wir um linke Inhalte gestritten, um einen neuen Politikstil, um einen Umgang auf Augenhöhe. Wir hatten uns viel vorgenommen, nicht alles ist uns gelungen. Die Probleme dieser Stadt sind nicht alle rasch zu lösen. Einiges wird auch länger brauchen als fünf Jahre. Und doch trägt diese Koalitionsvereinbarung eine deutlich linke Handschrift. Nun gilt es, sie auch umzusetzen. Dieses großartige Vorhaben müssen und werden wir als Fraktion im Abgeordnetenhaus eng begleiten – kritisch und konstruktiv. Jede und jeder von uns in der Partei ist gefordert, linke Politik in unserer Stadt erlebbar und erfahrbar zu machen, das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner wieder zurückzuholen.

Doch zuvor muss jede und jeder von uns seine Verantwortung im Mitgliederentscheid wahrnehmen.

- Ist diese Vereinbarung eine gute Grundlage für eine künftige Koalition aus Rot-Rot-Grün und eine solche Regierung?

- Wird es gelingen, dass Berlin wieder funktioniert?

- Schaffen wir es, die Probleme dieser Stadt mit Augenmaß, sozialer Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Respekt zu lösen?

Ich habe mich entschieden! Ich werde für diesen Koalitionsvertrag stimmen. Auch, weil wir gerade für die Bezirke vieles im Vertrag durchsetzen konnten. Der vom Senat administrierte Personalabbau wird aufgehoben. Es wird künftig keine Zielzahlen geben; die Personalbedarfe werden regelmäßig gemeinsam mit den Bezirken den sich ändernden

Bedingungen angepasst. Die Bezirke werden in ihren Handlungskompetenzen gestärkt und gleichzeitig die gesamtstädtische Steuerung verbessert.

Ziel der Koalition ist eine Finanzausstattung, die den Bezirken wieder mehr Handlungsspielräume für eigene politische Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen lässt. Dafür erhalten die Bezirke ab dem nächsten zu beschließenden Haushalt jährlich zusätzliche 60 Millionen Euro. Und ja, auch das viel kritisierte System der Kosten- und Leistungsrechnung wird auf den Prüfstand gestellt.

Ich finde, es ist ein guter Vertrag, den LINKE, Grüne und SPD für die Berlinerinnen und Berliner geschlossen haben.

Unser Slogan im Wahlkampf hieß: „**Euch gehört die Stadt!**“ Dem sind wir treu geblieben!

Dr. Klaus Lederer: Ja, klar!

Gegenwärtig könnt ihr, liebe Genossinnen und Genossen, in Berlin über die Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD, den Grünen und uns abstimmen, und entscheidet damit über das Zustandekommen von „r2g“ in der Hauptstadt. Ich lege euch die Zustimmung ans Herz. Warum ich um euer JA werbe? Etwas locker könnte ich antworten: Irgendeinen Lohn für Koalitionsverhandlungen bis in die Nacht, bis drei, vier oder fünf Uhr muss es ja geben.

Die Wahrheit hat auch etwas damit zu tun. Ganz sachlich aber: Unsere Verhandlungsgruppe war fachpolitisch und personell gut besetzt, inhaltlich ordentlich vorbereitet in jeder Hinsicht und – beinahe am wichtigsten –, sie konnte mit einem tollen Wahlprogramm, einem tollen Ergebnis und den Hoffnungen von Wählerinnen und Wählern in die Verhandlungen gehen.

Unseren Anspruch hatten wir im Wahlkampf oft genug erklärt: Das Wachstum der Stadt braucht eine Richtung, wir müssen das Wachstum sozial gestalten – im Interesse der Berlinerinnen und Berliner. Wir wollten Armut bekämpfen, den sozialen Fliehkräften etwas entgegensetzen und Berlin wieder zu einer Stadt machen, die allen gehört.

Und: Wir wollen dies gemeinsam mit den Menschen erreichen – wir brauchen den Druck aus der Stadtgesellschaft, die Anregungen, die Widerständigen, um Politik in ihrem Sinne zu machen.

So sind wir in die Verhandlungen gegangen: Mehr sozialer Zusammenhalt, mehr Sicherheit und mehr Dialog. So hart in der Sache, an einzelnen Punkten stundenlang, verhan-

delt wurde, war doch allein schon die Atmosphäre während der Beratungen vom Geist aller Beteiligten getragen, hier nicht Pluspunkte für die jeweilige Partei zu sammeln, sondern, dass Berlinerinnen und Berliner die Punkte machen.

Hier saßen drei am Tisch, die den Ernst der Lage begriffen und bereit waren nicht nur einen Regierungswechsel, nein, einen echten Politikwechsel hinzubekommen. Und es ist gelungen, finde ich. Überzeugt euch selbst, lest die Koalitionsvereinbarung aufmerksam, schaut in die Details – wir haben ihn nicht ohne Grund so lang gemacht – und ihr werdet feststellen, dass wir vieles, was wir in unserem 12-Punkte-Stadtplan vor der Wahl gefordert haben, auch umsetzen werden: Wir tun alles, um bezahlbare Mieten für alle zu sichern, wir werden die Armut in der Stadt konsequent bekämpfen, wir werden so in den Öffentlichen Dienst investieren, dass die Stadt wieder funktioniert, und wir werden dafür sorgen, dass Teilhabe an der Stadt wirklich für alle möglich ist.

Zwei Dinge liegen mir besonders am Herzen: Wir investieren so in gute Bildung, dass alle Kinder gleichgute Startchancen haben. Und unsere Stadt ist ein guter und sicherer Platz für alle, die vor Krieg und Not flüchten mussten.

Kurz: Die Koalitionsvereinbarung garantiert unser größtes Wahlversprechen: Wir geben den Berlinerinnen und Berlinern die Stadt zurück – weltoffen, menschlich und sozial. Das ist, finde ich, ein dickes JA beim Mitgliederentscheid wert.

Klaus Lederer (MdA) ist zurzeit Landesvorsitzender der LINKEN. Berlin.



Auf den Treppen vorm „FAIR“ entdeckt von ...
... Karin Dalhus

Dagmar Pohle wieder Bürgermeisterin

In der zweiten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung in der VIII. Wahlperiode wurde die Kandidatin der Linksfraktion, Dagmar Pohle, zur Bezirksbürgermeisterin gewählt. Sie erhielt von 55 gültigen Stimmen bereits im ersten Wahlgang eine breite Mehrheit von 35 Stimmen. 18 Verordnete stimmten gegen Dagmar Pohle und 2 enthielten sich der Stimme.

Dagmar Pohle ist eine erfahrene Leiterin der bezirklichen Verwaltung: Seit 2002 ist sie Bezirksstadträtin und von 2006 bis 2011 war sie Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf. Mit der Festlegung der Zuständigkeitsbereiche im Bezirksamt am 15. November ist Dagmar Pohle auch Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung, Gesundheit, Personal und Finanzen.

Zur Bezirksstadträtin wurde auch die zweite Kandidatin der Linksfraktion, Juliane Witt, gewählt. Sie erhielt 38 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 10 Gegenstimmen. Juliane Witt ist seit 2011 Bezirksstadträtin Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur. Ab sofort ist sie die Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur, Soziales und Facility Management.

Aus dem Bezirksvorstand: Ruhig in bewegten Zeiten

Im November gab es, lakonisch verkürzt, den Wahlsieg von Trump, den Abschluss der Koalitionsgespräche in Berlin mit Beteiligung der LINKEN und die Wahl eines neuen Bezirksamtes in Marzahn-Hellersdorf. Am 1.11. nahm sich der Vorstand dennoch auch Zeit für eine ausführliche Diskussion zur Lage in den vier Notunterkünften. Bürgermeisterin Pohle will diese beschleunigt in Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete überführen und darauf drängen, dass aufgetretene Probleme mit den Betreibern gelöst werden. Die Menschen aus dem Balkan wurden wie überall auch hier außer in Härtefällen inzwischen abgeschoben oder arbeiten illegal in Niedriglohnjobs. Dagegen sind Klagen der Afghanen gegen Abschiebungen zumeist erfolgreich.

Ausführlich wurde Anfang und Mitte des Monats die Neubildung von BVV und Bezirksamt diskutiert. Die vorangegangenen inhaltlichen und personellen bezirklichen kommunalpolitischen Vereinbarungen mit SPD und CDU (abgedruckt in Marzahn-Hellersdorf links 11/2016) sowie Bündnis 90/Die Grünen haben sich dabei bewährt. Bezüglich der AfD wurde aufmerksam registriert, dass Teile der neurechten Fraktion zu ihrem Stadtrat ein gespaltenes Verhältnis haben. Dennoch sollte die AfD im bevorstehenden Bundestagswahlkampf keinesfalls unterschätzt werden.

DIE LINKE im Bezirk will neben der notwen-

igen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den anderen Parteien ihrerseits eine stärkere Kooperation zwischen Amtsinhabern und Fraktion anstreben. Außerdem ein Thema: Wie umgehen mit den erfreulich vielen Neueintritten? Dazu wird sich der Vorstand mit neu hinzugekommenen Genossinnen und Genossen noch vor Weihnachten zusammensetzen. Zunächst im Vorstand ohne Kommentar blieben dagegen die Austrittserklärungen von Wolfgang Brauer und Frank Fischer sowie die Aufrufe von Gabi Hiller zur personellen Erneuerung. Indirekt spielten sie eine Rolle, als ausführlich über die schwierige Lage in der Lichtenberger LINKEN debattiert wurde. Die sei in der Frage der Bürgermeisterkandidatur von Evrim Sommer jenseits von Unschärfen ihrer biografischen Darstellung gespalten gewesen. Mit den jetzt sichtbaren Folgen. Dabei ging es aber nie um die kurdische Herkunft von Evrim Sommer. Schon erwähnt wurde, dass die Vorbereitungen im Vorstand für den Bundestagswahlkampf angelaufen sind. Ohnehin ist am 13.1.2017 der Jahresstart für DIE LINKE mit der besonderen Vertreterversammlung im Theater am Park. Norbert Seichter als Bezirksvorsitzender wird dann sicher ausführlicher begründen, was er am 22.11. im Vorstand in der Diskussion mit den Worten zusammenfasste: Petra Pau ist unser Programm.

Die Kandidaten von SPD – Gordon Lemm – und CDU – Johannes Martin – wurden jeweils mit 42 (Gordon Lemm) und 41 (Johannes Martin) von 55 gültigen Stimmen zu Bezirksstadträten gewählt. Lemm ist jetzt Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie und Martin für Wirtschaft, Straßen und Grünflächen.

Alle Drucksachen zur Änderung der Geschäftsordnung wurden in den Hauptausschuss überwiesen.

Thomas Braune

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ (Bertolt Brecht)

Am 9. November, dem Jahrestag der Novemberpogrome, trafen sich Kaulsdorferinnen und Kaulsdorfer, um an die Opfer der Nationalsozialisten zu erinnern. Ihre Namen dürfen niemals vergessen werden! Daran erinnern zahlreiche Stolpersteine, die geputzt und an denen Kerzen entzündet wurden (*siehe unser Foto*).

Am 21. Januar 2017 findet wie in jedem Jahr auf dem Parkfriedhof Marzahn ab 10 Uhr das Gedenken an die Opfer der Naziherrschaft statt. Der 27. Januar, der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, ist



auf Initiative des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. **B. Tielebein**

IG BAU-Mieterforum 2016

In bewährter Kooperation mit dem DGB-Kreisverband Ost und dem Runden Tisch gegen Armut und Ausgrenzung führt die IG BAU in der Evangelischen Kirche Marzahn-Nord das alljährliche „Mieterforum“ durch. Mit in der Runde Dagmar Poetzsch und Dr. Katharina Dang. Diesmal stand Jörn Geißler, Bauleiter in Haupterwerbstätigkeit, für das verhinderte MdA, G. Lindemann (AfD), Rede und Antwort. Politisch Aktuelles drängte konkrete Mietsachfragen an den Rand. Herrn Geißlers geäußerte Positionen waren denen



Dagmar Poetzsch (stehend) und Pastorin Dang (re.) und neben ihr Dieter Szabadi (neuer Ortsvorsitzender Marzahn-Hellersdorf der IG BAU).
Foto: B.-R. Lehmann

der ca. 15 Anwesenden äußerst nah. Abzuwarten bleibt, inwiefern die persönlichen Ansprüche dieses AfD-Vertreters auch von seinen Partei-Kollegen mitvertreten werden und die AfD hier im Bezirk für die Bürger wirken wird – ebenso, wie die hiesigen ihren AfD-Parteioberen Druck von unten machen können – mieterfreundlich ist das AfD-Programm zumindest nicht.

Bernd-R. Lehmann, IG BAU

Wer kennt noch den Jelena-Santić-Friedenspark?

Der Jelena-Santić-Friedenspark sei eine öffentliche Grün- und Erholungsanlage östlich der Wuhle in Hellersdorf, die 1996 auf Initiative der damaligen Bezirksverwaltung auf vorherigen Brachland angelegt und mit einem aus Naturalmaterialien gestalteten Friedenszeichen ausgestattet wurde, heißt es in den üblichen elektronischen Nachschlagewerken.



Das Peace-Zeichen in den Zeiten vor dem Umbau und der Neubepflanzung in Vorbereitung auf die IGA 2017.

Foto: M. Volkert

Beides stimmt nicht ganz. Das „Peace-Zeichen“ geht auf Hellersdorfer Friedensaktivistinnen und -aktivisten zurück, die zuvor zum Beispiel in der Bürgerinitiative „Hellersdorf hilft Tuzla“ engagiert waren und hier auch das Engagement der serbischen Tänzerin und Friedensaktivistin Jelena Santic aufgriffen.

Diese war selbst zur Einweihung des Peace-Zeichens anwesend. Frau Santić hatte die Bürgerrechts- und Friedensgruppe 484 gegründet und seit 1991 viele Friedensdemonstrationen und Hilfsprojekte für Flüchtlinge initiiert.

Leider starb sie schon im Jahr 2000, und 2003 erhielt der frühere Rohrbruch-Park ihren Namen.

Inzwischen verschwand der Name Jelena Santić hinter der Marketingbezeichnung „Kienbergpark“ (so soll mit dem Zusatz „Gärten der Welt“ künftig auch der U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße heißen).

Und er ist eben nicht mehr öffentlich, sondern Teil des IGA-Geländes. Das Peace-Zeichen blieb auf Antrag der LINKEN und Piratenpartei in der vergangenen Wahlperiode erhalten, wenn auch kaum noch von der Straße wahrnehmbar hinter Bäumen versteckt.

Wir sollten uns in Zeiten zunehmender Kriege und Fluchtbewegungen dafür einsetzen, dass der Name Jelena Santić wieder in geeigneter Form im öffentlichen Raum sichtbar ist.

Frank Beiersdorff, Umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV

Aus den Siedlungsgebieten:

Flüchtlinge sind in Biesdorf herzlich willkommen!

An der Dingolfinger Straße in Biesdorf wird jetzt noch nach den Plänen des SPD/CDU-Senates eine mobile Flüchtlingsunterkunft als sogenanntes „Tempohome“ entstehen. Die mobile Unterkunft soll in den nächsten drei Jahren den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben mit ein bisschen Privatsphäre und guten hygienischen Bedingungen ermöglichen. Nachdem der CDU-Kandidat für den Wahlkreis Biesdorf in Bürgerbriefen zugesichert hatte, dass hier keine Flüchtlingsunterkunft entstehen würde, hat nun der Senat beschlossen, an den bisherigen Planungen zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften festzuhalten. Finanzsenator Mathias Kollatz-Ahnen bestand darauf, dass der Bezirk sich auch weiter an der solidarischen Unterstützung zur menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge beteiligt. Während die Abgeordnete Regina Kittler (DIE LINKE) immer für eine Willkommenskultur eintrat, erweckten die CDU-Politiker Gräff und Czaja den Eindruck, dass hier keine Notwendigkeit zur Errichtung einer solchen Unterkunft bestünde. Damit versuchten sie im Wahlkampf, gegen DIE LINKE zu punkten. Containerdörfer sind auch nach meinen Maßstäben nicht gerade bestmögliche Stätten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Aber noch immer leben z.B. 1300 Flüchtlinge in den Hangars von Tempelhof. Die meisten von ihnen

warten bereits seit acht Monaten auf eine neue, bessere Unterkunft. Laut und ohne Privatsphäre ist das Leben in den ehemaligen Flugzeughallen noch immer. Der noch im Amt befindliche Senat gab das Ziel heraus, dass im Jahre 2017 keine Flüchtlinge mehr in den Hangars schlafen sollen. In Berlin gibt es gegenwärtig ca. 44.000 Plätze in Notunterkünften, provisorischen Unterkünften und Gemeinschaftsunterkünften. Die Zahl der Unterkünfte hat sich mehr als verdoppelt: von 67 im Jahre 2015 auf 148 heute. Deshalb sollen bei der jetzt laufenden Räumung der Turnhallen auch keine Flüchtlinge mehr in die Hangars zurückkehren, sondern stattdessen in den neu geplanten „Tempohomes“ aus Containern untergebracht werden. Durch die in Betrieb genommene Unterkunft in der Zossener Straße konnten alle Turnhallen im Bezirk wieder leergezogen werden. Statt sich über die neuen notwendigen Unterkünfte zu streiten, stehen wir jetzt vor der Aufgabe, gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum in Biesdorf, dem angrenzenden Theater am Park und weiteren Trägern sowie Einrichtungen den „Nachbarschaftsdialog“ in Gang zu setzen, um eine Willkommenskultur zu ringen und beste Integrationsmöglichkeiten für unsere neuen Nachbarn zu schaffen.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Alle Jahre wie-hie-der

Alle Jahre wieder
tun wir uns das an:
Singen fromme Lieder
und spiel'n Weihnachtsmann.

Läuten erst die Glocken,
geht das Schenken los:
Für den Opa Socken,
gleich 'nen ganzen Stoß.

Und die Tante Suse
kriegt ein Portmonee.
Oma kriegt 'ne Bluse
und ein Pfund Kaffee.

Spielzeug für die Kinder.
Und aus feinstem Tuch
kriegt Papa 'nen Binder
und ein gutes Buch.

Und ein Hemd aus Seide
schenkt Papa Mama;
denn das ist für beide
zum Genießen da.

Alle Jahre, alle
geht das Fest vorbei.
Und es folgt für alle
die Umtausch-Rennerei.

Wolfgang Reuter



Weihnachten?

Die Heiden sehn im Jahresrest
den Grund für's Sonnenwende-Fest.
Und Gläubige gedenken:
Ein Jesus wurde einst geboren,
doch ging die Nachricht fast verloren
vor Suchen nach Geschenken.

Jetzt feiern wir das Kaufrauschfest,
was alle Händler jubeln lässt.
Das Portmonee wird kleiner.
Im Radio wird „Stille Nacht“
auf englisch an den Mann gebracht.
Den deutschen Text kennt keiner.

Wir stopfen uns mit Essen voll
und trinken zu viel Alkohol,
was unsre Herzen frei macht.
Wir lümmeln faul im Sessel rum
und wissen nicht so recht, warum.
Na dann: Fröhliche Why?-Nacht!

Wolfgang Reuter

Zur Person: Schwester Margareta Kühn

Schwester Margareta ist 1963 in Kreuzebra in Thüringen geboren und aufgewachsen. Seit 2005 ist sie Geschäftsführerin der Manege gGmbH, die Jugendlichen hilft, einen neuen Start ins (Berufs-)Leben zu finden, und durch die Salesianer Don Boscos und die Schwestern der hl. Maria Magdalena Postel getragen wird. Ein starkes Mitarbeiterteam im Vierschichtsystem steht dafür immer bereit.

● Schwester Margareta, Sie gehören dem Orden der Schwestern der Heiligen Maria Magdalena Postel an. Was hat Sie dazu bewogen, diesem Orden beizutreten?

Genau, ich bin seit 1985 Schwester der Heiligen Maria Magdalena Postel – wir sind ein Frauenorden, die Salesianer Don Boscos ein katholischer Männerorden – und trage meinen Ordensnamen Margareta auch erst seit ich dieser katholischen Ordensgemeinschaft beigetreten bin. Als Baby wurde ich getauft und bin in einer katholischen Familie groß geworden, deshalb waren mir auch Ordensschwestern und „diese Art zu leben“ nicht fremd.

● Haben Sie auch schon vor ihrer Zeit in Marzahn mit Jugendlichen gearbeitet?

Weil ich keine Jugendweihe hatte, war es mir nicht möglich, mein Abitur zu machen, und so wusste ich lange Zeit nicht, was ich werden will. Wie das oftmals so ist, redeten dann viele Menschen auf mich ein und so fand ich mich in der Ausbildung zur Erzieherin wieder. Die habe ich auch abgeschlossen, obwohl ich mit Babys und (Vorschul-)Kindern nicht gut klarkomme. Mit Jugendlichen dagegen ist alles prima! Ich habe, bis ich in Marzahn leben und arbeiten durfte, in der Jugendsozialarbeit und in der Berufsschule gearbeitet.

● Wie sind Sie dann Geschäftsführerin vom Don-Bosco-Zentrum Marzahn-Hellersdorf geworden?

Nach der Wende habe ich meine Abi gemacht, Sozialpädagogik in Berlin studiert und später dann an der Uni Osnabrück Pädagogik und Soziologie auf Lehramt. Ich wollte aber nicht bis zur Rente in einem normalen Schulsystem arbeiten, sondern etwas für mich Spannenderes und Passenderes tun. 2005 entschieden sich beide Ordensgemeinschaften, in Berlin neu zu starten. Unter der Voraussetzung, dass es einen Ort gibt, wo wir richtig und notwendig sind mit unserer Jugendsozialarbeit. Wir lernten den Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi hier in Marzahn kennen, entdeckten den schönen freistehenden Rundbau direkt am S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße und wussten: HIER wollen wir sein. Das brauchte eine Struktur und so gründeten wir die Manege gGmbH und ich durfte von Anfang an die Geschäftsführerin und Leiterin sein.

● Wofür stehen denn die Salesianer Don Boscos und die Schwestern der Heiligen Maria Magdalena Postel?

Unsere beiden Ordensgemeinschaften stehen für eine ganzheitliche Arbeit für und mit jungen Menschen. Das Leben jedes Einzelnen soll gelingen und jede und jeder sollen erfahren: „Schön, dass DU da bist!“ Da sind wir uns sehr ähnlich und deshalb passen wir auch hier in Marzahn im Don-Bosco-Zentrum, in dem wir ja auch leben und zu Hause sind, gut zusammen.



Foto: privat

● Wie lassen sich die Ziele der Salesianer im Don-Bosco-Zentrum Marzahn-Hellersdorf umsetzen?

Unsere Ziele lassen sich hier in unserem schönen Bezirk wunderbar umsetzen! Wir wollen erreichbar und ansprechbar sein immer und zu jeder Zeit. Deshalb haben wir 24 Stunden an allen Tagen des Jahres – also „rund um die Uhr“ – geöffnet, denn Not kann sich nicht an Öffnungszeiten halten.

● Wie sieht denn die Arbeit mit den Jugendlichen konkret aus?

Junge Menschen aus Marzahn-Hellersdorf und ab und an auch darüber hinaus können hier im Don-Bosco-Zentrum unterschiedlichste berufsorientierende und aktivierende Projekte und Maßnahmen machen, mit uns unterwegs sein, sinnvoll Freizeit gestalten, jeden Tag zusammen essen und das Leben mit all seinen schönen und schwierigen Seiten teilen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Notunterkunft, wenn die eigene Wohnsituation gerade kompliziert ist.

Im Haus gibt es auch eine stationäre Jugendhilfegruppe mit acht Plätzen für minderjährige junge Menschen, dazu ambulante Angebote – je nachdem, was nötig ist und gebraucht wird.

● Welche Probleme haben die Jugendlichen, die zu Ihnen kommen?

„Unsere“ jungen Menschen wollen und müssen ihren Platz im Leben finden. Da ist bisher manches schiefgegangen oder noch nicht gelungen. Das ist eine große Aufgabe für uns alle! Dazu ist eine gute Basis wichtig, die unter anderem darin besteht, sich angenommen und geliebt zu fühlen, sich etwas zuzutrauen, neugierig zu sein, verantwortungsbewusst und verlässlich zu werden, den fehlenden Schulabschluss nachzuholen und sich auf eine Ausbildung und auf eine Arbeit vorzubereiten. Dazu gehört ebenso, mögliche Schulden und andere falsche gelaufene Dinge in Ordnung zu bringen und sich gesundheitlich so zu stabilisieren, dass man

den Anforderungen der Ausbildung und der Arbeit, der persönlichen Beziehungen, des Elternseins und dem eigenen sinnerfüllten und WERTvollen Leben gewachsen ist.

● Im März dieses Jahres hat sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel Sie hier in Marzahn besucht. Erfahren Sie auch Unterstützung durch die Lokalpolitik?

Ja, das war für uns alle ein toller Besuch! Wir denken gern daran. Frau Pohle war auch dabei. Ich selbst bin im Jugendhilfeausschuss als stellvertretendes beratendes Mitglied. Wir sind sehr gut und vertrauensvoll verbunden mit unserem Jobcenter, dem Jugend- und Sozialamt und mit vielen anderen Institutionen des Bezirkes. Die finanziellen Mittel im sozialen Bereich sind ja leider knapp. Da wünschen wir uns sicher alle zum Wohle der Menschen mehr. Doch davon abgesehen können wir immer auf inhaltliche Unterstützung der unterschiedlichen Entscheidungsträger zählen und sie auf uns. Das schätze ich sehr und dafür bin ich dankbar!

● Wie sehen Sie die Zukunft des Don-Bosco-Zentrums und welche Entwicklungen im Bezirk, konkret auf die Situation Jugendlicher bezogen, machen Ihnen Angst?

Ich bin davon überzeugt, dass wir auch nach elf Jahren immer noch richtig an diesem Ort und mit diesem Angebot sind. Ich hoffe sehr, dass das noch lange – auch in Zeiten knapper Kassen – so bleibt. Solche Basis-einrichtungen sind wichtig, auch an anderen Orten. Denn jeder junge Mensch, der hineinfindet in ein sinnstiftendes Leben, ist und wird auch zum Segen für ein friedvolles Gemeinwohl. Ganzheitliche Bildung und stabile Beziehungen sind sicher ein Lebensschlüssel. Es macht mir Sorge, wenn junge Menschen die Schule ohne Abschluss und Perspektive verlassen, es macht mir Angst, wenn junge Menschen in ihrer Suche nach Sinn und Halt verführt und fehlgeleitet werden. Da liegt vor uns allen noch viel herausfordernde, gemeinsame und äußerst wichtige Arbeit! Wir sind von Herzen gern dabei!

● Vielen Dank für das Gespräch!
(Das Gespräch führte Thomas Braune.)

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf veranstaltet auch in diesem Jahr wieder eine Weihnachtsfeier für geflüchtete und wohnungslose Kinder im Don-Bosco-Zentrum und sammelt dafür noch Spenden. Spenden werden in bar im Linken Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen:

**BV DIE LINKE Marz.-Hell.
IBAN: DE88 1005 0000 2193 8281 67
BIC-/SWIFT-Code: BELADEBEXX
Berliner Sparkasse
Verwendungszweck ist immer:
MH Spende, Vorname Name, Anschrift**

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>**6. Landesparteitag der LINKEN. Berlin**

» **10./11.12.**, jeweils ab 10 Uhr, 1. Tagung des 6. Landesparteitages, Bunsensaal des WISTA-Veranstaltungszentrums Adlershof, Rudower Chaussee 17, S-Bahnhof Adlershof, 12489 Berlin

Der Ernst-Busch-Chor Berlin lädt herzlich ein ...

... zu seinem **Januarkonzert** im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur:

» **21.1. und 22.1.**, jeweils um 15.00 Uhr, Friedrichstraße 176-179, Motto: „Ändere die Welt, sie braucht es“ (Brecht), Gäste: „hardChorElla“

Eintrittspreis: 12 Euro, Kartenverkauf über Frau Bohnau, Telefon: 030 54801842 oder E-Mail: ebc-b-karten@gmx.de oder mittwochs von 12.30 -13.00 Uhr Franz-Mehring-Platz1 (ND-Gebäude) vor dem Münzenbergsaal



... und
DIE LINKE
aktiv
unterstützen:



**Bezirksvorstand, die Mitglieder
der Linksfraktion
aus Bezirk und Berliner Abgeordnetenhaus sowie
Petra Pau, Mitglied des Bundestages,
wünschen Ihnen
friedvolle Feiertage und
einen guten Start ins Jahr 2017!**

Hinten links:**Staatsbürgerschaft und Menschenrechte**

Der Nationalstaat, der in „wir“ und „die anderen“ unterscheidet, scheint überholt in Zeiten der Globalisierung.

Staatsangehörigkeit wird überall unterschiedlich gehandhabt. Derer darf Mensch als natürliche Person mitunter mehrere „besitzen“. Die Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948 – Artikel 15, Absatz 2 – formuliert: „Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“

Darüber entscheiden, wer Staatsbürger ist und wer nicht, bedeutet, über den Zugang zu demokratischen Rechten zu entscheiden.

Die Globalisierung führt zu immer engerem Zusammenrücken sehr verschiedener Ethnien, Religionen und Weltanschauungen, welche unter dem Dach eines Staates zusammen leben.

Frage

Weshalb passt sich die Form des Staates den neuen Bedingungen NICHT an?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **6.12., 20.12., 3.1.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **1.12., 5.1.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **1.12., 5.1.** 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin (im November nehmen die BO-Sprecher an dem Treffen im Wahlkreis 4 teil: **3.11., 18 Uhr, Theater am Park**)

» **7.12., 4.1.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunde mit Petra Pau (MdB)

» **7.12., 10-12 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, **15-17 Uhr**, STZ Pestalozzi-Treff, Pestalozzistraße 1A, 12623 Berlin, telefonische Anm. unter: 030 99289380

Besondere Vertreter_innenversammlung

» **13.1., 18 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Besondere Vertreter_innenversammlung in Vorbereitung der Bundestagswahl 2017, Nominierung Direktkandidatin/-Direktkandidat für den Wahlkreis 85, Wahl der Vertreter_innen für die Landesvertreter_innenversammlung der LINKEN. Berlin

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

» **15.1., 9.30 - 13 Uhr**, Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Lieb-knecht, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde. Bringt Blumen mit!

Abgeordnetenbüro

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15-17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Schließtage:

23.12.2016 - 1.1.2017

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 26.11.2016. Auslieferung ab: 28.11.2016. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 04.01.2017 und am 01.02.2017.